

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telefax: 888848 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Gerlinde Hämmerle MdB zur
Notwendigkeit, das Bundes-
vertriebenengesetz zu än-
dern: Kein Vertreibungs-
druck mehr.

Seite 1

Günter Verheugen MdB zur
Strategie der CSU in der
DDR: Ein trickreiches Spiel
über die Bande.

Seite 3

Norbert Gansel MdB zu Äuße-
rungen über die DDR-SPD
aus den Reihen der Union:
Staatssekretär Hennig muß
sich entschuldigen.

Seite 4

Florian Gerster MdB zum
Erfordernis, die Verteidi-
gungsausgaben an verringer-
ten Bedrohungsszenarien aus-
zurichten: Was tun mit den
Verteidigungs-Milliarden?

Seite 5

Dokumentation:

Heinz Galinski, Direkto-
riumsvorsitzender des Zen-
tralrats der Juden in Deutsch-
land und Vorsitzender der Jü-
dischen Gemeinde zu Berlin,
gab zum 45. Jahrestag der
Befreiung von Auschwitz
eine Erklärung ab, die wir im
Wortlaut dokumentieren.

Seite 6

45. Jahrgang / 19

26. Januar 1990

Kein Vertreibungsdruck mehr

Zur Notwendigkeit, das Bundesvertriebenengesetz zu ändern

Von Gerlinde Hämmerle MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Aus- und Übersiedler der SPD-
Fraktion

Vorsitzende der Projektgruppe Novellierung des Bundesvertrie-
benengesetzes

„Unbeschadet der Tatsache, daß es in den vom Gesetz ge-
nannten Vertreibungsgebieten nach wie vor ausreisewillige
Volksdeutsche auch weiterer Generationen gibt, reicht das
Bundesvertriebenengesetz (bvfg) nicht aus, neuen Entwick-
lungen... für alle Zukunft Rechnung zu tragen.“

„Die Gerichte sind nicht berufen und auch nicht in der Lage,
dem Gesetzgeber insoweit die erforderlichen Entscheidun-
gen abzunehmen.“

Diese Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichts in einem Ur-
teil vom November 1976 war Anlaß, in der SPD-Fraktion eine
Projektgruppe zur Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes
zu initiieren.

Ergebnis der Arbeit dieser Projektgruppe ist ein am Dienstag in
der SPD-Bundestagsfraktion beschlossener Antrag an den Deutschen
Bundestag zur „Beendigung des Neuerwerbs des Vertriebenenstatus
und bundeseinheitliche Anwendung des Staatsangehörigkeits-
rechts“.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermindert Umweltschaden
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



In diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Bundestag alsbald einen Entwurf eines Abschlußgesetzes vorzulegen, der die Beendigung des Neuerwerbs des Vertriebenenstatus beinhaltet.

Vertrauensschutz soll allerdings für diejenigen gelten, die bisher keine zumutbare Möglichkeit hatten, in die Bundesrepublik anzusiedeln, also Deutsche in der Sowjetunion und in Rumänien.

Für Aussiedler aus der Republik Polen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit aus der Eintragung in die Abteilung 3 der deutschen Volksliste ableiten - einem Instrument nationalsozialistischer „Eindeutschungspolitik“ -, müssen von der Bundesregierung Richtlinien erlassen werden, die eine hinreichende Prüfung ermöglichen. Die derzeitige Aufnahmepraxis kann dies nicht gewährleisten.

Durch den politischen Wandel in den Staaten Ost- und Südosteuropas ist eine Situation entstanden, die nicht mehr die Annahme rechtfertigt, daß Spätfolgen der Vertreibung vorliegen oder ein gegen deutsche Minderheiten gerichteter Vertreibungsdruck vorhanden ist. Damit entfällt die grundlegende Voraussetzung für den Erwerb des Vertriebenenstatus in der Zukunft.

Dem muß der Gesetzgeber durch eine Abschlußgesetzgebung Rechnung tragen.

Zu beklagen ist in diesem Zusammenhang die „Zurückhaltung“ der Bundesregierung in dieser Frage. Sie betreibt eine Vogel-Strauß-Politik, die zu einer ernsthaften Störung des sozialen Friedens in der Bundesrepublik führen kann.

Die Politik der Bundesrepublik muß darauf gerichtet sein, daß das Verbleiben der Volkszugehörigen in ihrer Heimat erleichtert wird und ihre Rechte gemäß der KSZE-Schlußakte von Helsinki geachtet werden.

(-/26.1.1990/va-he/rs)

* * *

Ein trickreiches Spiel über die Bande

Zur Strategie der CSU in der DDR

Von Günter Verheugen MdB

Die CSU hat ihren Partner in der DDR nicht gefunden, sondern selbst erschaffen. Das „konservative Häuflein“, das unter dem Namen DSU - in einigen Teilen der DDR auch unverhüllt als CSU - agieren will, ist ein politischer Homunculus.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn bundesdeutsche Parteien sich bemühen, den Demokratisierungsprozeß in der DDR aktiv zu fördern, doch habe ich schwere Bedenken gegen die hemdsärmelige Art und Weise, mit der die CSU in der DDR eingreift - das Wort Einmarsch drängt sich geradezu auf.

Es ist bemerkenswert, daß die ansonsten auch nicht gerade zimperliche CDU bei ihrer Partnersuche in der DDR wesentlich vorsichtiger ans Werk geht.

Die Zusammenarbeit mit den neuen Parteien in der DDR verlangt von den Parteien aus der Bundesrepublik ein hohes Maß an Sensibilität, Zurückhaltung und Verantwortungsbewußtsein - bislang nicht gerade hervorstechende Tugenden der CSU.

Ganz unverhüllt wird das Projekt DSU von der Münchener CSU-Zentrale als Gründung eines Tochterunternehmens betrachtet, genauso selbstgefällig und von oben herab, wie die CSU in Bayern regiert, schaut sie nun auch in der DDR nach dem beziehungsweise den Rechten.

Der CSU ist vorzuwerfen, daß sie sich keineswegs an den Interessen der DDR-Bevölkerung, der mit einer künftigen Parteienstruktur entsprechend ihren Bedürfnissen geholfen wäre, orientiert. Gebilde, die nur mit einer Mund-zu-Mund-Beatmung aus dem Westen am Leben gehalten werden können, nützen dagegen in keiner Weise. Hinter den CSU-Operationen in der DDR steckt eine langfristige Strategie.

Die CSU quält die Sorge, daß ihre Entwicklung zu einer reuigen Regionalpartei und ihr ohnehin schon sichtbarer Einflußverlust in der nationalen Politik sich mit dem deutschen Einigungsprozeß beschleunigen wird.

Die CSU wird von dem Schreckgespenst getrieben, nach einer deutschen Einigung in die Bedeutungslosigkeit eines bajuwarisch-folkloristischen Kuriosums zu fallen.

Deshalb will sie vorbereitet sein auf den Tag der Einigung - um auch dann noch auf nationaler Ebene mitmischen zu können, muß die CSU ihre regionale Basis erweitern.

Die CSU hält ihre nationale Rolle für unverzichtbar zur Bewahrung ihrer Alleinherrschaft in Bayern. Letztlich dient also der CSU-Drang nach Osten nicht der Sicherung des Reformprozesses in der DDR, sondern der Verteidigung ihrer Machtinteressen in Bayern - ein trickreiches Spiel über mehrere Banden. Der DDR wird das alles am wenigsten nützen. Wer gerade dabei ist, die Staatspartei SED abzuschütteln, wird sich nicht nach einer Partei sehnen, die wie die CSU penetrant dazu neigt, sich selbst mit dem Staat, dem sie eigentlich dienen soll, zu verwechseln.

(-/26.1.1990/vo-he/rs)

* * *

Staatssekretär Hennig muß sich entschuldigen

Zu Äußerungen über die DDR-SPD aus den Reihen der Union

Von Norbert Gansel MdB
Vorsitzender des SPD-Parteirates

Der CDU-Generalsekretär Röhe hat gestern „die Schaffung einer Volkspartei in der DDR nach dem Muster der Union“ gefordert. Es gehe darum, eine „glaubwürdige Alternative zu den Sozialdemokraten zu schaffen, die schließlich nur eine Variante des Sozialismus seien. Überdies gebe es dort starke unterwanderungsbestrebungen durch die SED“. Dies ist ein Vorgeschmack auf die schäblichste Verbindung von Wahlkämpfen in der DDR und in der Bundesrepublik. Jetzt fehlt nur noch das Plakat „Alle Wege führen nach Moskau“ mit der Kosakenmütze auf den Köpfen von Ibrahim Böhme und Oskar Lafontaine.

Die Befürchtung, daß es sich dabei nicht um „Ausrutscher“, sondern um Methode handelt, wird dadurch bestärkt, daß auch der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende Hennig die Behauptung aufgestellt hat, „daß die DDR-Sozialdemokraten sich hemmungslos mit ehemaligen Mitgliedern der SED vollsaugen“. Die Formulierung vom „vollsaugen“ macht dabei deutlich, was Gelstes Kind Herr Hennig ist. In einem politischen Kontext weist diese Formulierung auf die Herkunft aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“.

Herr Hennig hat zusätzliche Äußerungen gemacht, bei denen man nicht weiß, ob man weinen oder lachen soll. Schließlich schreibt das Leben ja immer die beste Satire. Und wer so sich selbst zum Opfer gefallen ist, muß die Chance erhalten, sich zu entschuldigen.

Ich habe deshalb folgende mündliche Anfrage an die Bundesregierung gerichtet:

„Ist der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bereit, sich für seine Äußerung ‚Ich sehe es mit Entsetzen, daß die DDR-Sozialdemokraten sich hemmungslos mit ehemaligen Mitgliedern der SED vollsaugen und ohne jede Hemmung bereit sind, eine Parteiakademie der Kommunisten zu übernehmen‘ (Flensburger Tageblatt vom 25. Januar 1990) zu entschuldigen in Anbetracht der Tatsachen, daß durch einen Vorstandsbeschluß der ‚SPD in der DDR‘ ehemalige Mitglieder der SED-PDS sich für die erste Legislaturperiode in der SPD nicht für eine Kandidatur bei Parteifunktionen bewerben können und aufgefordert worden sind, in den nächsten Monaten keine Anträge auf Mitgliedschaft in der SPD zu stellen, und daß es sich bei der ‚Parteiakademie der Kommunisten‘ nicht um SED-Mitglieder handelt, sondern um die erste Etage eines Gebäudes, das die Nazis 1933 der Sozialdemokratischen Arbeiterfürsorge weggenommen haben und das 1948 von den Behörden in der sowjetisch besetzten Zone widerrechtlich an die SED übergeben worden ist, die in diesem Gebäude eine Parteihochschule betrieben hat, die sich jetzt in Auflösung befindet, und wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zukünftig über politische Entwicklungen in der DDR so informiert wird, daß er mit seinen Äußerungen die innerdeutschen Beziehungen durch seine Unerfahrenheit nicht weiter beschädigt?“

(-/24.1.1990/vo-he/rs)

Was tun mit den Verteidigungs-Milliarden?

Zum Erfordernis, die Verteidigungsausgaben auszurichten

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Fast täglich äußern mehr oder weniger prominente Politiker mit mehr oder weniger Sachkompetenz, wie viele Milliarden in welcher Zeit durch Senkung des Verteidigungshaushalts in der Bundesrepublik eingespart werden können. Als wesentliches Mittel zur Reduzierung der Kosten für militärisches und ziviles Personal, Betriebskosten und Beschaffung wird im allgemeinen die drastische Absenkung der Friedensstärke der Bundeswehr betrachtet. Während Stoltenberg die Zahl 400.000 bereits offiziell ausgegeben hat, will sich die FDP mit 350.000 begnügen. Wir Sozialdemokraten streben als Verhandlungsziel die Halbierung der derzeitigen Friedensstärke auf 240.000 Soldaten an.

Die scheinbare Präzision solcher Umfangszahlen verdeckt, wie sehr die unausgesprochenen Annahmen und Bedingungen für solche Abrüstungsmaßnahmen voneinander abweichen. Selten wird klar genug definiert, welche Schritte einseitig, welche auf dem Verhandlungsweg vorgenommen werden und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Auch wird zu wenig deutlich, wie groß der Investitionsbedarf für die Umbauphase zu abwehrstarken und angriffsunfähigen kleineren Streitkräften veranschlagt werden muß. Schließlich: gehen wir in Westeuropa - solange die Ost-/West-Zuordnung in Mitteleuropa Sinn macht - mittelfristig von einer nennenswerten amerikanischen Präsenz aus?

Die größte Vielfalt ist jedoch festzustellen angesichts der Vorschläge, welchen politischen Prioritäten die einzusparenden Verteidigungsmilliarden zugunsten kommen sollen:

- Förderung der Wirtschaft und Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses in der DDR und in Osteuropa,
- Entwicklungshilfe für die Dritte Welt,
- Förderung des Wohnungsbaus in der Bundesrepublik,
- Strukturhilfe für die bundesdeutschen Regionen, die vom Truppenabzug alliierter und deutscher Streitkräfte betroffen sind,
- soziale Maßnahmen zur Erhöhung der Dienstzufriedenheit der Soldaten in einer kleineren Bundeswehr.

Keinem dieser Ausgabenschwerpunkte kann die Akzeptanz abgesprochen werden. Es dürfte jedoch ausgeschlossen sein, mit den in den nächsten Jahren einzusparenden Milliarden allen Wünschen an den „Steinbruch Verteidigungshaushalt“ gerecht zu werden.

Die sozialdemokratischen Anträge zum Bundeshaushalt 1990 hätten eine Absenkung des „Einzelplans 14“ um 3,2 Milliarden Mark erlaubt - im wesentlichen durch Verzicht auf unzeitgemäße Beschaffungsprojekte wie den Jäger 90 und den Einstieg in die Strukturreform und Verkleinerung der Bundeswehr. Alle Hoffnungen und Wünsche sollten sich auf realistische und im internationalen Rahmen angemessene Stufenmodelle zur Anpassung der Verteidigungsausgaben an drastisch verringerte Bedrohungsszenarien richten. Und: Wir können uns nicht um das Setzen eindeutiger Schwerpunkte herumogeln. Die 3,2 Milliarden Mark Wenigerausgaben 1990 - von der SPD vorgeschlagen - sind bereits mehrfach durch alternative Vorschläge ausgegeben worden.

(-/26.1.1990/va-he/rs)

DOKUMENTATION

Auschwitz nie wieder zulassen

Heinz Galinski, Direktoriumsvorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, gab zum 45. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz eine Erklärung ab, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Als der Ort, an dem der barbarischen nationalsozialistischen Ausrottungsmaschinerie die meisten Menschenleben zum Opfer gefallen sind, wurde Auschwitz zum Symbolbegriff der Rassenverfolgung und des Völkermordes. An diesem 27. Januar jährt sich der Tag zum 45. Mal, an dem die sowjetischen Einheiten das Vernichtungslager Auschwitz erreichten und die Todgeweihten befreit haben. Leider bedeutete es nur für eine Minderheit der Insassen die Erlösung, weil die meisten in andere Lager verlegt wurden oder bei den berüchtigten Todesmärschen umkamen - insgesamt etwa 300.000 Menschen in den wenigen Monaten bis Mai 1945.

Die Überlebenden der Schreckenszeit haben es sich nach ihrer Rückkehr aus den Todeslagern zur Aufgabe gemacht, einen solchen Ausbruch der Barbarei nie wieder zuzulassen und jede mit dem Nationalsozialismus verwandte Ideologie kompromißlos zu bekämpfen. Sie und ihre Kinder haben in den Jahren danach unter größten Entbehrungen mit dem Neuaufbau des jüdischen Lebens hierzulande einen wesentlichen Beitrag zur Rückkehr in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker geleistet. Dies verpflichtet unsere Gemeinschaft, deren Mitglieder die Hauptleidtragenden jener Tage waren, an alle demokratischen Kräfte, an die großen politischen Parteien zu appellieren, sich nicht länger hinter theoretische Erklärungen zu verstecken und sich der echten politischen Konfrontation mit rechtsextremem Gedankengut zu stellen. Es ist die Aufgabe aller, denen die künftige demokratische Entwicklung am Herzen liegt, die wahren Ziele jener zu demaskieren, die es heute versuchen, mit gefährlichen Demagogien die alten Parolen wiederaufleben zu lassen.

Das Gedenken des Befreiungstages ist gleichzeitig ein Gedenken der Millionen von Opfern. Und anläßlich dieses besonderen Gedenkens ist es besonders beschämend, daß gerade Auschwitz zum Gegenstand einer peinlichen und würdelosen Auseinandersetzung wurde, deren Ende immer noch nicht abzusehen ist. Daher möchte ich den heutigen Tag zum Anlaß nehmen, an die katholische Kirche, an die bundesdeutsche Bischofskonferenz, aber auch an die römische Kurie zu appellieren, den Streit um das Karmeliterinnenkloster im Einklang mit den bereits getroffenen internationalen Vereinbarungen zu beenden.

(26.1.1990/va-he/rs)

* * *